

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Bezugsnehmern und in allen Städten erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Bund um den
Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

6. Jahrgang Dresden, Donnerstag den 20. November 1930 Nummer 270

Anechte des schwarzen Kanzlers

SPD-Fraktion will Brüning's Hungerprogramm / Lohn- und Gehaltsraub, Zoll-, Miet- und Steuerwucher soll
Befehl werden / Nur die KPD kämpft für die Werttätigen / SPD-Arbeiter, macht Schluss mit den Verrätern!
Her zur roten Klassenfront! / Hinein in die Kommunistische Partei!

Berlin, den 20. November.

Der Fraktionsvorsitzende der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hielt am Dienstag eine Sitzung ab, in der zu dem Verhandlungsergebnis mit dem Diktatorkanzler Brüning Stellung genommen wurde. Die SPD-Führer sind mit dem Verhandlungsergebnis zufrieden, weil Brüning gegen ihre Änderungsanträge zu der Notverordnung keine Einwendungen machen will, soweit sie den finanziellen Beitrag nicht vermindern. Der Fraktionsvorsitzende hat beschlossen, lediglich in der Bürgersteuerfrage noch Änderungsanträge zu machen nach der Richtung, dass, wenn sie nicht ganz beseitigt wird, eine Staffelung erfolgen soll. Die Beratung zeigt also, dass die sozialdemokratischen Führer bereit sind, das ganze Hungerprogramm, das von ihnen als ungeheuerlich bezeichnet worden ist, anzunehmen und dem Diktatorkabinet die parlamentarische Verabschiedung dieses Raubzuges gegen die Massen zu ermöglichen.

18. Juli — 18. November

Dresden, den 20. November.

In 4 Monaten, vom 18. Juli über den 14. September, den 18. Oktober zum 18. November hat die sozialdemokratische Führung wiederum eine ganze Scala des schändlichsten Arbeiterbetrugs durchlaufen. In der letzten Reichstagsaktion am 18. Juli erklärte der Sozialdemokrat Landsberg, die Notverordnung sei Verfallungsdruck. In der Presse, in Versammlungen, überall verkündete die SPD-Führung bis zum 14. September, Brüning sei „der schwarze Kanzler“, er habe eine Verordnung erlassen, die mit der Verfassung und mit den Interessen der Massen in Widerspruch stehe. Am 14. September wendete sich das „Volk“. Die SPD-Führer nahmen Verbindung auf mit dem „reaktionärsten Kabinet“, Seneering wird in die Preußenregierung, Grzejinski auf den Berliner Polizeipräsidentenstuhl gesetzt. SPD-Führer erklären, angesichts der nachfolgenden Maßnahmen, dass „härtere Waffen“ gegen die Arbeiter Anwendung finden sollen. Der Streik der Berliner Metallarbeiter wird abgewürgt, Demonstrationen der Arbeiter aus einander geschlagen, weil „verbotene“ Mitglieder gefangen werden. Reformistische Bürokratie, sozialdemokratische Führer und Ausbeuter arbeiten Hand in Hand, um Lohn- und Gehaltsraub zu verwickeln, zu betreiben, wo aus den Gehaltsbüchern der Industriellen zu sehen ist, dass die Bourgeoisie Riesengewinne einführt. Am 18. Oktober wird durch das Vertrauensvotum der Führer für das Brüning-Kabinet die Voraussetzung gesetzt, die Notverordnung zu verwickeln und am 18. November stellt der Fraktionsvorsitzende der SPD fest, dass sie sich verbinden werden mit dem Diktatorkabinet, falls ein finanzielles Ergebnis des Hungerprogramms nicht vermindert wird. Dieses Programm, das den Finanzkapitalisten auf Kosten der Lohn- und Gehaltsempfänger Milliarden einbringt, soll, dieses Programm, das hunderttausende kleine

Gewerbetreibende und Bayern ruiniert und Millionen Proletarier in noch tieferes Elend treibt, wollen die SPD-Führer mit verwickeln helfen. Der 18. November offenbart die ganze schändliche Rolle der SPD-Führer.

Angewandt wollte die SPD die Arbeiter „vor dem Faschismus retten“. Die Taten der SPD-Minister, der mitleidige Terror gegen die kommunistische Presse, gegen die um ihre nackte Existenz kämpfenden Arbeiter und Gewerkschaften durch SPD-Minister und Polizeipräsidenten zeigt aber, dass die SPD bereit ist, weiterhin dem Faschismus den Weg zu bereiten. Millionen derjenigen, die heute Hitler nachlaufen, waren Anhänger der SPD, die sich durch den schändlichen Verrat der verräterischen Führer mit Recht betrogen und dem Finanzkapital ausgeliefert haben. Die jetzige Unterstützung des Brüning-Kabinetts bedeutet nichts anderes als eine Entlastung des Hitler, um ihm und seinen Gewerkschaften freien Spielraum für seine Demagogie zu belassen. Die Wähler der Hitler-Partei hoffen, dass durch den Wahlsieg der Nazis ihre Lage verbessert wird. Die Faschisten hätten sich als Regierungspartei binnen kurzem ganz offen als ebenbürtige

12 Prozent Gehaltsraub in Italien

Massenempörung gegen Mussolinis verbrecherische Politik

Rom, den 18. November.

Der italienische Ministerrat hat ein Gesetz angenommen, das ab 1. Dezember die Gehälter sämtlicher Beamten, Angestellten und Hilfsarbeiter des Staates und aller übrigen öffentlichen Körperschaften und halbstaatlichen Gesellschaften um 12 Prozent kürzt. Von dieser Kürzung werden ebenfalls die Familien-, Leihungs- und sonstigen Zulagen betroffen. Der Ministerrat begründet diese Maßnahme damit, dass die Löhne aller Arbeiterkategorien in den letzten Monaten eine erhebliche Kürzung erlitten haben.

Mit diesem Raubzug glaubt Mussolini ein Mittel gefunden zu haben, sein Defizit im Staatshaushalt, das bisher bereits 700 Millionen Lire beträgt, zu decken. Jetzt wird klar, warum „Popolo d'Italia“ den Schandstillspruch für die Berliner Metallindustrie so enthusiastisch begrüßt hat. Ulrich hat mit seinem Dolchstoß in die Kampftruppe der Berliner Metallarbeiter den Kapitalisten aller Länder den Mut zu einem großzügigen Lohnraub an den Werttätigen gegeben.

Die deutschen Nationalsozialisten können jetzt den Lohnraub in Italien, das bekanntlich ihr „Drittes Reich“ ist, in dem sie jeden Streik bei Todesstrafe verbieten, vor den Arbeitern und Beamten als Weg in ihr Paradies verherrlichen. Sind doch heute schon Fritz und Franz mit dabei auch den Beamtengehaltsraub der Brüning-Regierung zu verwickeln.

Wir Kommunisten können jedoch angesichts der internationalen Unternehmerrangriffe auf die Löhne der Werttätigen mit Stolz auf unser proletarisches Vaterland, die Sowjetunion, hinweisen, wo die Löhne und die Lebenshaltung der Arbeitermassen dauernd steigt.

Wir glauben nicht, dass die italienischen Beamten diesen Raub ruhig hinnehmen werden. Die Lohnkürzungen in den Fabriken haben in den letzten Wochen eine Reihe von Streiks und revolutionären Aktionen entzündet, der Massensturm hat bereits die Leiter der faschistischen Gewerkschaften hinweggefegt.

Metallindustrielle suchen:

„Material“ für den Lohnraub!

Der Preisentungsschwindel entlarvt — Metallarbeiter rüftet zum Streik!

Der Verband der Metallindustriellen im Bezirk Leipzig hat an seine Mitglieder ein Geheimrunds schreiben verfasst, das auf die Lohnraubaktion der Leipziger Metallindustriellen Bezug nimmt und das zweifellos auf Anweisung des Deutschen Industriellenverbandes herausgegeben wurde. In dem Geheimrunds schreiben werden die Unternehmer aufgefordert, sofort Material zu sammeln, das zur Begründung der Behauptung dienen soll, dass der Lohnraub „gerechtfertigt“ erscheint. Ausdrücklich weist man in dem Runds schreiben darauf hin, dass bis jetzt noch nirgends Beweise einer Preisentung vorliegen.

Das Runds schreiben der Leipziger Metallindustriellen ist eine glatte Überlegung der Begründung, die man für den Berliner Lohnraubstillspruch gab. Durch das Runds schreiben soll nun in Leipzig und darüber hinaus in ganz Sachsen die Zusammenarbeit von gefälltem Material organisiert werden.

um die Lüge des Preisabbaus, den die Industrie vorgenommen haben will, zu beweisen.

Dass der Kampf der Arbeiter gegen jeden Pfennig Lohnraub und für Lohnerhöhungen berechtigt ist, geht selbst aus dem vom Reichsinnenministerium herausgegebenen Wochenbericht des Instituts für Konjunkturfragen hervor. In Nummer 33 dieses Berichts vom 12. November wird eine Mitteilung über die Bewegung des Arbeiterlohns veröffentlicht, aus dem hervorgeht, dass die Löhne der Arbeiter in ihrem Realwert seit September 1929 im Bereich der Reichshauptmannschaften Dresden, Chemnitz und Bauen um 4 bis 6 Prozent, in der Reichshauptmannschaft Leipzig um 8 Prozent gesunken sind. Die schändlichen Metallarbeiter müssen diesen Vorgängen nicht mehr länger tatenlos zusehen.

Die Belegkassen müssen jetzt sprechen.

Die Reformisten werden alles tun, um jede Bewegung der Metallarbeiter zu verhindern und im Interesse der kapitalistischen Wirtschaft zu jeder Streikbruchhandlung bereit sein. Darum ist es notwendig, dass sich die Metallproleten für jede Bewegung des Arbeiterlohns in die Offensive stellen und kampfbereiten Arbeitern ohne Unterschied der Gewerkschafts- und Parteizugehörigkeit und ganz gleich, ob sie organisiert, wählen. Schluss mit der Taktik des Abwartens! Die Metallarbeiter Sachsens müssen die Offensive gegen Lohnraub und gegen die freibourgeoische Politik des DWT ergreifen. Unter der Führung der KPD gibt es die Betriebe freierwillig zu machen und den Kampf anzunehmen gegen jeden Pfennig Lohnraub, für Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich für eine Lohnerhöhung.

Den soll Regiersteuer zahlen

Werttätige — Bildet einheitliche Kampftruppe unter Führung der KPD

Dresden, den 20. November.

Das Schicksal der Regiersteuer hat angeordnet, dass die Regiersteuer in Dresden erhoben werden sollte. Bekanntlich haben die Stadtverordneten bei dem Druck der Massen gegen die schändliche Regiersteuer geteilt. Das „Selbstverwaltungsrecht“ der Gemeinden ist aber, dass alle Beschlüsse keinen Einfluss haben, und dass Ausschüsse über den Steuerraub an den werttätigen, an den Vermitteln der Armen angesichts des bevorstehenden Hungerwinters soll durchgeführt werden zu dem Zeitpunkt, da den Millionen und Tausenden die Steuern herabgesetzt werden. Sozialdemokratische, sozialistische und bürgerliche Parteien arbeiten mit im Rollen, um diese Ausplünderung der Werttätigen zu ermöglichen. Wehrt euch! Bildet die einheitliche Kampftruppe aller Arbeitenden in Stadt und Land gegen den Finanzkapital und seine Helfershelfer.

2 öffentliche Kundgebungen gegen Diktatursteuern

Redner:
Gen. Mildtrey, Miigl. d. Stadtkammer
Gen. Gladewitz, Kellner
Gen. M. Schneider, Stadtver.
Unkostenbeitrag 20 Pfennig, Erwerb 10 Pfennig

Donnerstag, den 20. Nov. 1930
in den Annensälen, Fischhoipatz
Anfang 19.30 u. Nachtversammlung Anfang 1.30 Uhr